

„Die Kündigung der Personenfreizügigkeit ist nicht das Ende, aber sehr dumm“

Die Schweiz wächst. Während am Anfang des 20. Jahrhunderts 3.3 Mio Menschen in der Schweiz lebten, sind es heute über 8 Mio. Die Infrastruktur und der Arbeitsmarkt stossen an Grenzen. Ist diese Zuwanderung noch gesund? Darüber diskutierten Parlamentarier und Experten am Mittwoch vergangener Woche im Bundeshaus an einer Veranstaltung der parlamentarischen Gruppe „Schweiz-EU“ und des Runden Tisches „Migrationspolitik“.

Die offensichtlich steigende Anzahl von Menschen, die sich in der Schweiz aufhalten, beunruhigt die Bevölkerung. Im Februar des nächsten Jahres stimmen wir über die „**Masseneinwanderungsinitiative**“ der SVP ab, welche die Zuwanderung über die Einführung von Kontingenten einschränken will. Die Vorlage ist mit dem aktuellen Freizügigkeitsabkommen nicht vereinbar. Da alle Abkommen der Bilateralen I durch die „Guillotine-Klausel“ miteinander verknüpft sind, könnte bei einem Wegfall der Personenfreizügigkeit auch das Gesamtpaket der Bilateralen I dahinfliegen.

Für **Richard Jones**, EU-Botschafter für die Schweiz und Liechtenstein ist klar, dass die EU eine einseitige Kontingentierung nicht akzeptieren kann. **„Will die Schweiz die Zuwanderung mit Höchstzahlen steuern, muss sie die Personenfreizügigkeit kündigen.“** Er betrachtet Neuverhandlungen des Abkommens mit der Möglichkeit, dass die Schweiz Kontingente einführen darf, als nicht umsetzbar. Er betont jedoch die grosse Erfahrung, welche die Schweizer Bevölkerung hat, solche wichtigen Entscheidungen zu treffen und ist sich sicher, dass sie die Personenfreizügigkeit und die guten Beziehungen zur EU nicht aufs Spiel setzen wird.

Die Frage, ob denn anderen Abkommen, zumal sie zum Nutzen beider Parteien sind, nicht ohne Personenfreizügigkeit weitergeführt werden könnten, verneint Botschafter Jones. „Sollte die Personenfreizügigkeit dahinfliegen, müssen auch die anderen Abkommen der Bilateralen I verhandelt werden. Für die Verhandlungen hiesse das sozusagen: zurück auf Feld eins.“

Die Zunahme der Bevölkerung hat Auswirkungen auf die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt, sowie auf die Anforderungen an Infrastruktur, Bildung und Gesundheitssysteme. Die Schweiz ist dabei Opfer des eigenen Erfolges. Davon ist **Professor Rainer Münz, Experte für Arbeitsökonomie und Demographie**, überzeugt. „Hätte die Schweiz eine längere Periode ohne Wirtschaftswachstum, würde die Migration schlagartig abnehmen. Doch wollen wir das wirklich?“ Die Attraktivität der Schweiz sieht er jedoch nicht in Stein gemesselt. „Andere europäischen Staaten sind ebenfalls dabei, ihre Standortfaktoren zu verbessern, um hochqualifizierte Arbeitnehmer anzuziehen.“

Professor George Sheldon von der Universität Basel erläutert, dass junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte die Schweiz wieder verlassen, während ältere, schlecht ausgebildete Personen im Land blieben. Während die Schweiz **gegenwärtig 15'000 Franken pro Jahr pro Einwandererhaushalt aus der EU/EFTA verdient**, wird diese Zahl in ca. vierzig Jahren bei null sein. Trotzdem überwiegen für den Professor für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomie die Vorteile des Freizügigkeitsabkommens. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit „wäre zwar nicht das Ende, aber trotzdem sehr dumm“, da damit keine der monierten Herausforderungen verbessert, aber bedeutender, internationaler Schaden angerichtet werden könnte. **„Kontingenten ist es noch nie gelungen, ein Anwachsen der ausländischen Wohnbevölkerung hierzulande zu verhindern“.**

Der Vertreter der Industrie, **Swissmem-Direktor Peter Dietrich**, weist auf den seit Jahren herrschenden Fachkräftemangel in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie hin. **„75% unserer Unternehmen haben Schwierigkeiten, Fachkräfte zu rekrutieren.** Mehr als jedes vierte Unternehmen hat offene Stellen, die nicht besetzt werden können“.

Die hohe Anzahl Parlamentarier aus allen Lagern, die lebendige Diskussion und die Vielfalt an Meinungen haben gezeigt, dass die Problematik bewegt. Bis zum 9. Februar wird es noch das eine oder andere hitzige Gespräch geben. Und wenn am 9. Februar die Abstimmung vorbei ist, steht schon die ECOPOP-Initiative vor der Tür. Die Migrationsdebatte wird so schnell nicht vom politischen Parkett verschwinden.

Lukas Schürch, Administration parlamentarische Gruppe „Schweiz-EU“, schuerch@europa.ch